



Antwort

zur Anfrage Nr. AF/0030/2020

Vorlage: AW/0039/2020		Datum: 11.03.2020	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	20-Kämmerei und Steueramt		Az.:
Betreff:			
Anfrage der CDU-Ratsfraktion: Schulden der Stadt Koblenz			
Gremienweg:			
19.03.2020	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	ohne BE abgesetzt geändert

Antwort:

Zu den einzelnen Fragen nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

1.) *Hat sich das Land in der Frage positioniert.*

Das Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz hat mit der als Anlage beigefügten Pressemitteilung vom 07.11.2019 auf einige Aspekte im Zuge der Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik hingewiesen. Andere offizielle Verlautbarungen der Landesregierung liegen nicht vor. Es existieren verschiedene Statements, die in den allgemeinen Medien von Mitgliedern der Landesregierung Rheinland-Pfalz wiedergegeben wurden. Zwei Beispiele hierzu sind nachstehend wiedergegeben:

- Rhein-Zeitung vom 09.01.2020
„Wir hoffen auf eine Lösung der Altschuldenproblematik zusammen mit dem Bund“, sagt Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und schiebt den entscheidenden Satz hinterher: „Klar ist dabei auch, dass der Bund das Geld nicht ohne Gegenleistung zur Verfügung stellen wird.“
- FAZ 15.01.2020
„... Scholz will die am meisten verschuldeten Kommunen einmalig entschulden - mit einem Eigenbeitrag der Länder, in denen sie liegen. Ziel ist, dass die Städte und Gemeinden dann wieder mehr Geld in ihre Infrastruktur investieren können. ... Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben bereits zugesagt, einen eigenen Beitrag zur Entschuldung ihrer Kommunen zu leisten. ...“
- Rhein-Zeitung vom 25.01.2020
„Auch Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) appellierte an Bund und Länder, dem Altschuldenfonds zuzustimmen. „Im aktuellen Niedrigzinsumfeld mögen die Belastungen der kommunalen Haushalte durch Zins und Tilgung noch nicht so deutlich spürbar sein. Wenn die Zinsen jedoch wieder steigen, kann dies zu einer weiteren Verstärkung von regionalen Ungleichheiten führen“, warnte sie.“

2.) *Wenn ja, ab wann und in welchem Umfang?*

Siehe Antwort zu 1.).

3.) *Wenn nein, ist von Seiten der Verwaltung eine Anfrage/ein Vorstoß an das Land geplant?*

Die entsprechenden „Vorstöße“ der Stadt fanden bisher in den Gremien des Städtetages Rheinland-Pfalz statt. Darüber hinaus werden die Interessen der Stadt Koblenz (sowie der übrigen vier Oberzentren und elf kreisfreien Städte) durch den Städtetag Rheinland-Pfalz bzw. durch die

Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz gebündelt gegenüber der Landesregierung vertreten.

Im Übrigen siehe Beschlussfassung zu TOP 31 der Sitzung des Stadtrates vom 19.03.2020 „Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Linke: Resolution zu Altschulden“, AT/0035/2020.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Keine